

NIEDERSCHRIFT

über die 15. Sitzung des

**Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Brakel
am 17.01.2002
in Brakel, Sitzungssaal der „Alte Waage“**

Beginn: **18.00 Uhr**

Ende: **19.45 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bürgermeister Spieker** die Ratsmitglieder:

CDU	Allerkamp, Franz-Hermann Beyermann, Elisabeth Gerdes, Ferdinand Krömeke, Johannes Lange, Heinz Lohre, Helmut Waldeyer, Peter Wulff, Michael	SPD	Aßmann, Peter Kruse, Johannes Löffelbein, Angelika
		UWG/CWG	Gönnewicht, Erwin Wintermeyer, Paul

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schulte, Meinolf
-----------------------------------	------------------

Es fehlt das Ratsmitglied:

Multhaupt, Hans-Jürgen

Von der Verwaltung nehmen teil:

StOVR Hermann Temme
StAR Dieter Güthoff
StAR Reinhard Riepe
StHS Ulrike Nolte

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt die Sitzungsteilnehmer und **stellt die Beschlussfähigkeit** fest.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Die Tagesordnung wird durch **einstimmigen** Beschluss um den Tagesordnungspunkt 1a „Erweiterung der Haushaltssatzung im Vermögenshaushalt hinsichtlich der Erstellung eines Parkplatzes am Bahnhof“, der vor Tagesordnungspunkt 1 gestellt wird, erweitert.

Anschließend wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

A) Öffentliche Sitzung

1a. Erweiterung der Haushaltssatzung im Vermögenshaushalt hinsichtlich der Erstellung eines Parkplatzes am Bahnhof

Drucksache-Nr.: 154

Berichterstatter: Bürgermeister

Ratsherr **Kruse** ist gem. § 31 Abs. 1 GO NRW befangen, begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig**, die v.g. Maßnahme in den Entwurf der Haushaltssatzung aufzunehmen.

1. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit Anlagen der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2002

Drucksache Nr.:

Berichterstatter: Bürgermeister

Nach einer kurzen Einleitung geht Bürgermeister **Spieker** eingehend auf die aufgrund der Verabschiedung des Gemeindefinanzierungsgesetzes NRW eingetretenen Verschlechterungen und entsprechend notwendig gewordenen Änderungen der Haushaltssatzung 2002 ein. Im Ergebnis zeigt sich, dass für den bisher ausgeglichenen Verwaltungshaushalt nun eine Rücklagenentnahme i.H.v. 95.556 , erforderlich wird, wobei die bisher veranschlagte Entnahme aus der allgemeinen Rücklage um 78.701 , zu erhöhen ist.

Bezugnehmend auf die entsprechend höhere Rücklagenentnahme stellt Ratsherr **Lohre** dar, dass seitens der CDU-Fraktion kein Antrag zum Haushalt 2002 gestellt wird. Im Hinblick darauf, dass sich die Rücklage bereits durch den Finanzausgleich 2003 erheblich reduzieren wird, sollte unbedingt ein vorausschauendes Finanzverhalten in die Haushaltspolitik einfließen.

Ratsherr **Abmann** geht anschließend auf das bedauerlicherweise eintretende Defizit im Verwaltungshaushalt ein und stellt sich die Frage, ob derart hohe Ausgaben im Bereich der „Bücher und Zeitschriften“ notwendig sind. Weiterhin sollte ein stetiger Anstieg der Internetkosten vermieden werden und daher ein Ausgabelimit gesetzt werden. Er stellt klar, dass sich die Anträge der SPD-Fraktion lediglich auf notwendige Maßnahmen des Vermögenshaushaltes beziehen, die durch den Haushalt abgedeckt werden können und setzt hier den Schwerpunkt auf notwendige Sanierungs- und Energiesparmaßnahmen im Bereich der Grundschulenturnhalle und der Toilettenanlage „Klöckerstraße“.

Eine Finanzierung, die in den nächsten Jahren aus der Schulpauschale nicht zu erwarten ist, kann durch Streichung der Maßnahmen „Umgestaltung der Gartenanlagen im Schlosspark Rheder“ und „Bau eines Backhauses in Bellersen“ erfolgen. Die entsprechend freiwerdenden Eigenanteile der Stadt sollten, gerade auch im Hinblick auf das Wohl der Schulkinder, in die vorgeschlagene Maßnahme „Grundschule“ einfließen.

Ratsherr **Abmann** begründet die v.g. Finanzierungsvorschläge wie folgt:

1. Eine öffentliche Begehung des Schlossparkes in Rheder wird in jedem Fall als wünschenswert angesehen, da sich der Park jedoch in Privatbesitz befindet, sollte eine derart hohe Investition nicht getätigt werden.
2. Im Hinblick darauf, dass das Kulturmusterdorf Bellersen in der Vergangenheit enorme Finanzmittel verzehrt hat, sollte vom Bau des „Backhauses“ abgesehen werden.

Er stellt seitens der SPD-Fraktion den Antrag, die Sanierung der Turnhalle und Toilettenanlage „Klöckerstraße“, Finanzierung durch die v.g. Eigenanteile, in den Haushalt 2002 aufzunehmen.

Bürgermeister **Spieker** verdeutlicht, dass die Ausgaben für „Bücher- und Zeitschriften“ aufgrund der Unterhaltung der verwaltungseigenen Bücherei und des Bezugs der neuesten, aber kostenintensiven Rechtsprechung, unabänderlich sind. Die Internetkosten, die derzeit lediglich für einen Arbeitsplatz im Rathaus anfallen, sind zum größten Teil auf notwendige Sicherheitsvorkehrungen in diesem Bereich zurückzuführen.

Abschließend erläutert er anhand von Overhead-Folien die geplante Maßnahme im „Schlosspark Rheder“ und stellt nach einer kurzen Diskussionsrunde zu diesem Thema den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt den Antrag mit 12 Nein-Stimmen und 3 Ja-Stimmen **mehrheitlich** ab.

Ratsherr **Wintermeyer** erklärt, dass seine Fraktion keinen Antrag zum Haushalt 2002 stellen wird, jedoch folgende Anmerkungen anbringen möchte:

1. Das Kulturmusterdorf Bellersen sollte sich künftig selbst tragen und keine weiteren Finanzhilfen erhalten.
2. Im Bereich des Bauhofes wurden erneut sehr hohe Anschaffungskosten für ein Fahrzeug veranschlagt, es stellt sich die Frage, ob hier nicht eine kostengünstigere Lösung gefunden werden könnte.

Bürgermeister **Spieker** nimmt direkt Stellung und berichtet in diesem Zusammenhang von einem Gespräch mit der gpdm in Sachen Quarzprojekt im Bauhof. Er verdeutlicht, dass der Personalbestand im Bauhof von seinerzeit 30 Beschäftigten auf 17 Personen reduziert werden konnte und dadurch erhebliche Personalkosten eingespart wurden. Im Gegenzug muss jedoch dem verbleibenden Personal ein gesteigertes Potential an Maschinen und Fahrzeugen zur Verfügung gestellt werden, um die entsprechende Arbeitsleistung zufriedenstellend erbringen zu können.

Bürgermeister **Spieker** berichtet abschließend auf Anfrage des Ratsherrn **Wintermeyer**, dass aufgrund der bevorstehenden Kohlensäurebohrung „Am Kaiserbrunnen“, die der Heilquelle möglicherweise schaden könnte, vorsorglich Mittel zur Beweissicherung im Haushalt eingeplant wurden.

Ratsherr **Schulte** erkundigt sich, ob die im Vorbericht ausgewiesenen Schulden der Eigenbetriebe in 2001 aus steuerrechtlichen Gründen in kleinen Schritten abgebaut werden. Bürgermeister **Spieker** erklärt, dass dieses in der Tat fiskalische Gründe hat und zudem die entsprechende Finanzmaße nicht vorhanden ist.

Ratsherr **Schulte** führt die geringen Einnahmen im Bereich des Hallenbades auf ein Defizit im Marketing zurück. Er regt an, gemeinsame Veranstaltungen mit der DLRG anzustreben und die Bevölkerung werbewirksam zu informieren.

Bürgermeister **Spieker** gibt zu bedenken, dass derartige Werbemaßnahmen (Bro-schüren pp.) enorme Kosten mit sich bringen und sieht das angesprochene Defizit eher in den bisherigen Investitionskosten begründet, die durch die Besucherzahlen nicht aufgefangen werden können.

Ratsherr **Waldeyer** regt eine Beratung dieser Angelegenheit im Wirtschaftsförde-rungsausschuss an.

Auf Anfrage der Ratsfrau **Löffelbein** erklärt StOVR **Temme**, dass sich hinter dem Haushaltsansatz „Heimatstube“ die Versicherungsprämien der Heimatstuben in Bel-lersen und Gehrden verbergen.

Anschließend äußert Ratsfrau **Löffelbein** Kritik an der Höhe der Haushaltsmittel, die der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Ide, jährlich zur Verfügung gestellt werden. Sie regt an, die Haushaltsansätze in diesem Bereich anzuheben, um der Gleichstellungs-beauftragten die Sicherstellung und Erweiterung ihres Aufgabenbereiches und zudem notwendige Fortbildungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Bürgermeister **Spieker** versichert, dass der Gleichstellungsbeauftragten bislang alle entstanden Kosten erstattet wurden und die Verwaltung sie bei sämtlichen Vorhaben unterstützt. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Bericht der v.G., der das weitläufige Aufgabenfeld und die wahrgenommenen Termine genau widerspiegelt. Bürgermeister **Spieker** stellt abschließend klar, dass Frau Ide bislang keinerlei Kritik an der Höhe der Haushaltsmittel geäußert habe.

Ratsfrau **Löffelbein** ist sich sicher, dass Frau Ide ihrerseits keine höheren Forderun-gen stellen wird und regt daher an, die Finanzausstattung in diesem Bereich vorsorg-lich zu verbessern.

Die Ratsherren **Lohre** und **Krömeke** sehen hier keinen Handlungsbedarf, da Frau Ide einerseits mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zufrieden scheint und darüber hinaus gesichert ist, dass sämtliche Auslagen ersetzt werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt anschließend **einstimmig bei einer Stimmhaltung** den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Brakel mit Anlagen und die vorgelegten Änderungen für das Haushaltsjahr 2002 als Beschlussempfeh-lung für den Rat.

2. Besetzung von freigewordenen Ausschusssitzen

Nachfolgeregelung in den Ausschüssen für das ausgeschiedene Ratsmit-glied Gustav Schonlau auf Vorschlag der CDU-Fraktion

Drucksache Nr.: 150

Berichterstatter: Bürgermeister

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat: „Das durch das Ausscheiden des Herrn Schonlau in den im Sachverhalt genannten Ausschüssen fehlende Mitglied wird auf Vorschlag der CDU-Fraktion gem. § 50 Abs. 3 Satz 5 GO NRW durch Herrn Norbert Markus, Blinder Weg 11, 33034 Brakel-Bellersen, ersetzt, wobei den stellvertretenden Vorsitz im Bauausschuss Rats-herr Adolf Muhr, Gartenring 20, 33034 Brakel, übernimmt.“

3. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Drucksache Nr.: 151

Berichterstatter: StOVR Temme

In seiner Berichterstattung weist StOVR **Temme** die Mitglieder auf die neueste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes hin, wonach künftig auch Apotheken unter den Begriff der „Verkaufsstellen“ fallen und an den v.g. Terminen offengehalten werden können.

StOVR **Temme** teilt Ratsherrn **Schulte** mit, dass eine Überschneidung des verkaufsoffenen Sonntages am 3. Wochenende im März mit dem „Palmsonntag“ nicht ausgeschlossen werden kann. Die Termine wurden jedoch in jedem Fall mit den Vertretern der Kirchen abgesprochen, die keine Bedenken in diese Richtung geäußert haben.

Auf Anfrage des Ratsherrn **Abmann** und der Ratsfrau **Löffelbein** teilt StOVR **Temme** mit, dass sich die Ordnungsbehördliche Verordnung in Paragraph 1 ausdrücklich auf den Stadtbezirk Brakel bezieht und nicht auf die umliegenden Ortschaften angewendet werden kann. Ob im speziellen das Kulturmusterdorf Bellersen die Kriterien eines „Erholungsortes“ erfüllt und unter eine Sonderregelung fällt, bedarf entsprechender Klärung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat, die Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass. Die Verordnung wird Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Rates am 31.01.2002.

4. Information über die Auswirkungen des II. Modernisierungsgesetzes (Beteiligung der Städte an den Sozialhilfeausgaben) nach dem Ergebnis der Abrechnung für 2001

Drucksache Nr.: 152

Berichterstatter: StAR Riepe

StAR **Riepe** erläutert in seiner detaillierten Sachverhaltsdarstellung die derzeitige Situation der Stadt Brakel im Bereich der Sozialhilfeausgaben und kann hier über ein durchaus positives Ergebnis berichten. Eine Prognose über die weitere Entwicklung der Zahlen abzugeben ist derzeit sehr schwierig, denn die künftige Arbeitsmarktsituation wird hier großen Einfluss nehmen.

Bürgermeister **Spieker** fügt hinzu, dass die Reduzierung der Ausgaben nicht zuletzt ein Resultat der guten Arbeit des Sozialamtes ist, da sehr viele Sozialhilfeempfänger auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. Nach Wegfall des Härteausgleichs im kommenden Jahr wird im Detail ersichtlich, wie effektiv jede Stadt in ihrem Bereich arbeitet.

Kenntnisnahme:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Information über die Auswirkungen des II. Modernisierungsgesetzes nach dem Ergebnis der Abrechnung für 2001 **einvernehmlich** zur Kenntnis.

5. Bekanntgaben der Verwaltung

Angemeldete Lernanfänger an den Grundschulen im Schuljahr 2002/2003

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** gibt den Mitgliedern des Ausschusses im Hinblick auf das bevorstehende Schuljahr einen Überblick über die angemeldeten Lernanfänger an den Grundschulen. Die Übersicht ist der **Niederschrift als Anlage** beigefügt.

Kapazität in den Kindergärten

Berichterstatter: StAR Riepe

StAR **Riepe** nimmt auf Anfrage des Ratsherrn **Schulte** (Sitzung des Rates vom 13.12.2001) Stellung zu der Kapazität in den Kindergärten der Großgemeinde Brakel. Er verdeutlicht seine Ausführungen anhand von Overhead-Folien, die der **Niederschrift als Anlage** beigefügt sind.

Ratsherr **Schulte** weist auf die Notwendigkeit hin, Ausländer- bzw. Aussiedlerkinder möglichst frühzeitig für den Kindergartenbesuch zu gewinnen, um im Hinblick auf die Grundschule eine gewisse Vorarbeit leisten zu können. StAR **Riepe** weist darauf hin, dass sich vornehmlich der Bereich der mennonitischen Aussiedlerkinder als problematisch darstellt, da diese aus religiösen Gründen oftmals bereits nach 1 Jahr aus der Einrichtung genommen werden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung.

Spieker
(Bürgermeister)

Nolte
(Schriftführerin)